



Antrag

der Fraktion der CDU

Ablehnung des „Steuervergünstigungsabbaugesetzes“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert im Bundesrat jeglichen gesetzlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast entgegenzuwirken und deshalb auch dem sogenannten „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ die Zustimmung im Bundesrat zu verweigern.

Begründung:

Steuererhöhungen in der jetzigen konjunkturellen Lage sind „Gift“ für Arbeitsplätze – insbesondere im Mittelstand des Landes. So gefährdet die im Steuervergünstigungsabbaugesetz vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer für gartenbauliche Erzeugnisse und die Abschaffung der Pauschalbesteuerung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe deren Existenz.

Peter Jensen-Nissen

Thomas Stritzl

und Fraktion